

MILLIARDEN-SPARPLAN

## Italien prescht mit Finanztransaktionssteuer vor

Italien könnte Anlegern bald das Leben ein wenig schwerer machen. Das Euro-Land will Steuern in Höhe von 0,15 Prozent auf Finanztransaktionen erheben. Bald könnten weitere Länder folgen.



Der italienische Premierminister Silvio Berlusconi.

Quelle: REUTERS

**Rom.** Italiens Sparhaushalt sieht offenbar die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor. Das Euro-Land wolle Steuern in Höhe von 0,15 Prozent auf Finanztransaktionen erheben, verlautete am Mittwoch aus Regierungskreisen. Dem Reuters vorliegenden Entwurf zufolge sollen zudem in einem gesonderten Gesetz die Gewinne aus dem Eigenhandel von Banken mit 35 Prozent besteuert werden. Das Sparpaket hat insgesamt ein Volumen von rund 47 Milliarden Euro.

Ziel ist es, das Defizit bis 2014 zu beseitigen. Der größte Teil der geplanten Kürzungen soll 2013 und 2014 greifen. Das Kabinett soll die Pläne am Donnerstag absegnen. Vorgesehen ist auch die Anhebung des Rentenalters. Zudem sollen Gehälter im öffentlichen Dienst auch 2014 noch eingefroren bleiben und Ausgaben beispielsweise im Gesundheitssektor gesenkt werden.

Italien steht wegen des Sparpakets unter starker Beobachtung der Ratingagenturen. Das Programm wird als entscheidend für das Land angesehen, nicht in den Sog der griechischen Schuldenkrise zu geraten. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt ist Italien eines der meistverschuldeten Länder in Europa. Moody's drohte bereits mit einer Herabstufung der Bonitätsnote und auch Standard + Poor's sieht die italienische Finanzlage mit Skepsis.

SOROS, O'NEILL, EL-ERIAN

### „Das Geld ist verloren“



Um nicht auch in den Sog der europäischen Schuldenkrise zu geraten, plant die italienische Regierung von Ministerpräsident Silvio Berlusconi ein milliardenschweres Sparpaket. Am Donnerstag solle der Plan offiziell vorgestellt werden.

Italien gehört mit Spanien zu den EU-Ländern, die nach Irland, Portugal und Griechenland als Kandidaten für den EU-Schuldensumpf gehandelt werden. Hohe Schulden bei strukturellen Defiziten und niedrigem Wachstum

machen das Land angreifbar.

Nach Griechenland hat Italien den zweithöchsten Schuldenstand in der Euro-Zone. Kumuliert werde dieser nach letzten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in 2011 auf 120,6 Prozent ansteigen.

Die Rating-Agentur Moody's hatte Italien vor kurzem mit einer Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit gedroht, sollten Rom keine ernsthaften Schritte gegen das horrendes Haushaltsdefizit ergreifen. Schlechtere Noten bei den Ratingagenturen bedeuten praktisch automatisch, dass Italien für frisches Geld am Kapitalmarkt höhere Zinsen aufbringen müsste.

### **Kritik der Opposition**

Der Sparplan sieht Medienberichten zufolge Einsparungen von zwei Milliarden Euro bereits im laufenden Jahr, von fünf Milliarden 2012 und jeweils 20 Milliarden in den Jahren 2013 und 2014 vor. Steuersenkungen seien nicht geplant, sondern „Umformulierungen“ der steuerlichen Belastung, erklärte Außenminister Franco Frattini zu dem Paket.

Die Opposition kritisierte die angekündigten Maßnahmen als „Augenwischerei“. Denn da im Frühjahr 2013 reguläre Parlamentswahlen anstünden, würde der Großteil der Maßnahmen ohnehin nicht mehr in die aktuelle Legislaturperiode fallen. Unter anderem sei ein Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst bis 2014 vorgesehen, hieß es.

Politikergehälter sollten bereits ab Juli auf den europäischen Durchschnitt gesenkt werden. Im Gesundheitswesen solle durch Gebührenerhöhungen gespart werden. Eine Anpassung des Rentenalters an die längere Lebenserwartung solle bereits 2014 in Kraft treten. Mit den zu verabschiedenden Sparmaßnahmen zeichnet sich neuer Ärger in der Koalition des innenpolitisch angeschlagenen Regierungschefs ab.

Die Lega Nord, ohne die Berlusconi nicht regieren kann, verlangt für ihre Unterstützung Steuersenkungen. Lega-Chef Umberto Bossi drohte noch am Dienstag, die Regierung stehe auf der Kippe, solange das Sparpaket nicht verabschiedet sei. Der italienische Wirtschaftsminister Giulio Tremonti hingegen hat Senkungen der Abgaben bisher strikt abgelehnt mit der Begründung, Italien müsse zuerst seine Schulden in den Griff bekommen.

**rtr**

© 2011 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG**

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: **Content Sales Center** | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: **vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG** | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.